Fraktions-Briefing

Richterwahl zum Bundesverfassungsgericht

Heute wurden die Richterwahlen zum Bundesverfassungsgericht abgesetzt. Die Wahl der Richterinnen und Richter zum Bundesverfassungsgericht ist eine wichtige verfassungsmäßige Aufgabe des Deutschen Bundestages. Und das Verfassungsgericht selbst ist als Institution ein wichtiger Baustein in unserem Verfassungsgefüge. Daher müssen die Kandidatinnen und Kandidaten über jeden Zweifel erhaben sein. Zusätzlich zu den bereits kontroversen inhaltlichen Diskussionen der letzten Tage waren wenige Stunden vor der anberaumten Richterwahl Zweifel mit Blick auf die wissenschaftliche Arbeit bei einer Kandidatin aufgekommen. Diese waren in der Kürze der Zeit nicht auszuräumen bzw. zu prüfen. Daraufhin haben die Spitzen der Koalition auf Vorschlag der Union erörtert, die Wahl der beiden anderen, unzweifelhaft mehrheitsfähigen Kandidaten wie vorgesehen durchzuführen. Das war leider nicht möglich. Die Koalition konnte sich lediglich auf eine Absetzung aller Wahlen verständigen. Über das weitere Wahlverfahren wird die Koalition beraten.

Unser Ziel bleibt eine zügige Nachbesetzung der offenen Richterstellen. Die Wahl eines Richters oder einer Richterin am Bundesverfassungsgericht sollte grundsätzlich nicht Gegenstand einer aufgeheizten politischen und politisierten Debatte sein. Gleichzeitig sollten Vorschläge für das Richteramt nicht zuletzt mit Blick auf die notwendige 2/3 - Mehrheit in ihrer Person und Positionierung einen möglichst breiten Konsens ermöglichen. Das ist uns nicht bei allen drei Kandidaten gelungen. Über das weitere Verfahren zur Benennung der Richterinnen und Richter werden wir Sie auf dem Laufenden halten.

Der Politikwechsel hat begonnen

Die neue Bundesregierung mit Bundeskanzler Friedrich Merz an der Spitze ist seit dem 6. Mai 2025 im Amt – also seit gut 9 Wochen – und das merken die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Die neue Bundesregierung zeigt **Stabilität und Handlungsfähigkeit**. So gewinnen wir Stück für Stück verloren gegangenes politisches Vertrauen zurück. In dieser Sitzungswoche haben wir den Bundeshaushalt für 2025 in 1. Lesung beraten. Mit dieser in Zahlen gegossenen Politik kehren wir zur politischen Normalität zurück und bringen Deutschland ein Stück voran. Wir zeigen, wir meinen es ernst mit dem Politikwechsel:

Politikwechsel in der Wirtschaft - für mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Leistungsgerechtigkeit

Die Bundesregierung sorgt für einen **Stimmungsumschwung** in der Wirtschaft: Die Konjunkturerwartungen steigen. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im Juni auf 88,4 Punkte, nach 87,5 Punkten im Mai. Die Verbraucherstimmung ist laut Handelsverband Deutschland so gut wie seit einem Jahr nicht mehr.

Wir verbessern die **Rahmenbedingungen in Deutschland** mit der ersten **Unternehmenssteuersenkung** seit fast 20 Jahren, kurbeln die Wirtschaft mit einem **Investitionsbooster** an (v.a. degressive Afa von jährlich 30 Prozent) und investieren gleichzeitig massiv in unser Land. Wir bauen die Forschungszulage aus. Dieses Paket für den Wirtschaftsstandort Deutschland bedeutet für die Unternehmen eine Steuerentlastung von rund 48 Mrd. Euro.

Wir **senken zudem spürbar die Energiekosten** für Verbraucher und die Wirtschaft: über Netzentgelte (bis zu 100 Euro Entlastung für eine vierköpfige Familie im Jahr), Stromsteuer und Gasspeicherumlage (für Gaskunden rd. 50 Euro für eine vierköpfige Familie/Jahr). Dies ist ein erster wichtiger Schritt zur Senkung der Energiepreise und damit zur Entlastung von Privathaushalten und der Wirtschaft. Weitere Entlastungsschritte – insbesondere eine Senkung der Stromsteuer für alle – werden folgen, sobald wir die hierfür notwendigen finanziellen Spielräume erarbeitet haben.

Mit dem Sondervermögen **Infrastruktur und Klimaneutralität** in Höhe von 500 Mrd. Euro (davon 100 Mrd. Euro für Länder und Kommunen!) schafft der Bund verlässliche Rahmenbedingungen für öffentliche Investitionen. Dies ermöglicht eine Investitionsoffensive, die ihresgleichen sucht.

Mit der Einführung der Aktivrente sollen ab dem 1.1.2026 Rentnerinnen und Rentner bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei dazuverdienen können.

Wir werden zum Prinzip des „Förderns und Forderns“ zurückkommen und das Bürgergeld in eine neue Grundsicherung reformieren.

Politikwechsel für mehr Begrenzung, Steuerung und Ordnung bei der Migration

Den **Politikwechsel bei der irregulären Migration** sieht man auch in Zahlen. Die Asylanträge in Deutschland sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im ersten Halbjahr 2025 um 49,5 % zurückgegangen, im Zeitraum Januar bis Juni 2025 haben insgesamt 72.818 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt, 61.336 Erst- und 11.482 Folgeanträge – auf das Jahr hochgerechnet ist das ungefähr so viel wie im Coronajahr 2020 und im Jahr 2013. Wir haben das klare Ziel, die Zahlen noch weiter zu senken. Wir haben schon zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht wie: Zurückweisungen; Beendigung Familiennachzug subsidiär Schutzberechtigter; Abschaffung Turboeinbürgerung; Ausweitung sichere Herkunftsstaaten.

Politikwechsel bei Sicherheit und Verteidigung – für Verlässlichkeit und Verantwortung in Europa und der Welt

Wir machen Deutschland als Koalition zudem **sicherer und verteidigungsfähiger**, unter anderem werden wir deutlich mehr Geld in die Bundeswehr investieren: bis **2029 3,5 Prozent des BIP**. Wir müssen Führung und Handlungsfähigkeit zeigen, um Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gewährleisten zu können. Die Bundesregierung mit Bundeskanzler Friedrich Merz an der Spitze hat Deutschland zurück auf die internationale Bühne gebracht. Wir geben Orientierung in international extrem herausfordernden Zeiten.

Politikwechsel für schnelleres Bauen, mehr Digitalisierung und Effizienz

Wir bringen diese Woche den **Bau-Turbo** auf den Weg. Damit wird den Gemeinden ermöglicht, von aufwändigen und kostentreibenden Vorschriften des Baugesetzbuches abzuweichen. Der Bau von Wohnungen soll dadurch deutlich beschleunigt und kostengünstiger werden. Wir haben dafür gesorgt, dass der Bau-Turbo für alle Wohnungsbauvorhaben gilt, egal ob man ein Einfamilienhaus oder Wohnhäuser mit mehreren Wohneinheiten bauen möchte. Das ist uns wichtig, denn Kommunen vor Ort wissen selbst am besten, durch welche Gebäude der Bedarf an Wohnraum vor Ort am besten gedeckt werden kann. Das ist ein gutes Signal für viele Familien, die sich den Traum von den eigenen vier Wänden verwirklichen wollen.

Mit der Änderung des **Allgemeinen Eisenbahngesetzes** (AEG) ermöglichen wir, dass nicht mehr benötigte Bahnflächen einfacher zur Nutzung für andere Zwecke, etwa für den Wohnungsbau, freigegeben werden können. Dabei schaffen wir einen angemessenen Ausgleich zwischen verkehrs- und kommunalpolitischen Interessen. Einerseits beugen wir der vorschnellen Verwendung von Bahnflächen für andere Zwecke vor. Andererseits ermöglichen wir, dass wichtige kommunale Planungen wie der Neubau ganzer Stadtviertel auf ungenutzten Bahnflächen jetzt endlich rechtssicher vorangetrieben werden können.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes und zur Feststellung des überragenden öffentlichen Interesses für den Ausbau von Telekommunikationsnetzen **beschleunigen wir den Netzausbau und schließen vorhandene Lücken.**

Wir legen die Grundlage für das lange ersehnte **Once-Only-Prinzip,** damit Bürger und Unternehmen ihre Daten gegenüber dem Staat nur einmal angeben müssen (Gesetz zum Vertrag über die Errichtung, den Betrieb und die Weiterent-wicklung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c Absatz 1, Absatz 2 GG – NOOTS-Staatsvertrag)

.